

Rechenschaftsbericht der SPD-Regionsfraktion Hannover

für den Zeitraum 11/2021 bis 05/2026



25 Jahre



SPD-Regionsfraktion Hannover
Für einen sozialen und ökologischen Aufbruch.



Die Mitglieder der SPD-Regionsfraktion

Angelo Alter, Cornelia Busch, Brian Baatzsch, Werner Backeberg, Jonas Farwig (ab 11/2022), Silke Gardlo, Leyla Hatami, Knud Hendricks, Regina Hogrefe, Parisa Hussein-Nejad, Helga Laube-Hoffmann, Frauke Meyer, Ernesto Nebot Pomar, Matthias Paul, Dr. Karin Reinelt (bis 11/2022), Petra Rudszuck, Anja Sander, Christina Schlicker, Dr. Robert Schmitz, Thilo Scholz, Claudia Schübler, Johannes Seifert, Frank Straßburger, Wolfgang Toboldt, Karsten Vogel, Walter Zychlinski sowie Steffen Krach | Aus dem SPD-Unterbezirk Region Hannover in der Fraktion: Cornelia Fett, Bernd Rödel, Philipp Schmalstieg, Petra Seide-Matthies und Justina Walkowiak (bis 04/2024)/Thore Meiwes (ab 04/2024)

Der aktuelle Fraktionsvorstand (seit 05/2024)

Regina Hogrefe | Fraktionsvorsitzende
 Matthias Paul | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Werner Backeberg | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Anja Sander | stellv. Fraktionsvorsitzende
 Frank Straßburger | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Christina Schlicker | Vorsitzende der Regionsversammlung
 Petra Rudszuck | stellv. Regionspräsidentin
 Leyla Hatami | Co-Vorsitzende des SPD-UB Region Hannover
 Steffen Krach | Regionspräsident und Co-Vorsitzender des SPD-UB Region Hannover (bis 03/2026)

Der Fraktionsvorstand (11/2021 bis 05/2024)

Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende
 Brian Baatzsch | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Werner Backeberg | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Regina Hogrefe | stellv. Fraktionsvorsitzende
 Frank Straßburger | stellv. Fraktionsvorsitzender
 Christina Schlicker | Vorsitzende der Regionsversammlung
 Petra Rudszuck | stellv. Regionspräsidentin
 Claudia Schübler | Vorsitzende des SPD-UB Region Hannover (bis 04/2022)
 Leyla Hatami | Co-Vorsitzende des SPD-UB Region Hannover (ab 05/2022)
 Steffen Krach | Regionspräsident und Co-Vorsitzender des SPD-UB Region Hannover (bis 03/2026)

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Region Hannover ist einzigartig. Zu ihr gehören die Landeshauptstadt Hannover ebenso wie die 20 Städte und Gemeinden im Umland: Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt a. Rbge., Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf – gemeinsam bilden sie die Region Hannover. Damit sind wir als ehrenamtliche Regionsabgeordnete zuständig für einen Lebensraum, in dem ca. 1,2 Mio. Menschen leben.

Seit der letzten Kommunalwahl wird die Region Hannover wieder von einem rot-grünen Bündnis „regiert“. Die Kommunalwahl haben wir als stärkste Fraktion gewonnen und mit Steffen Krach auch wieder einen SPD-Regionspräsidenten an der Spitze der Verwaltung.

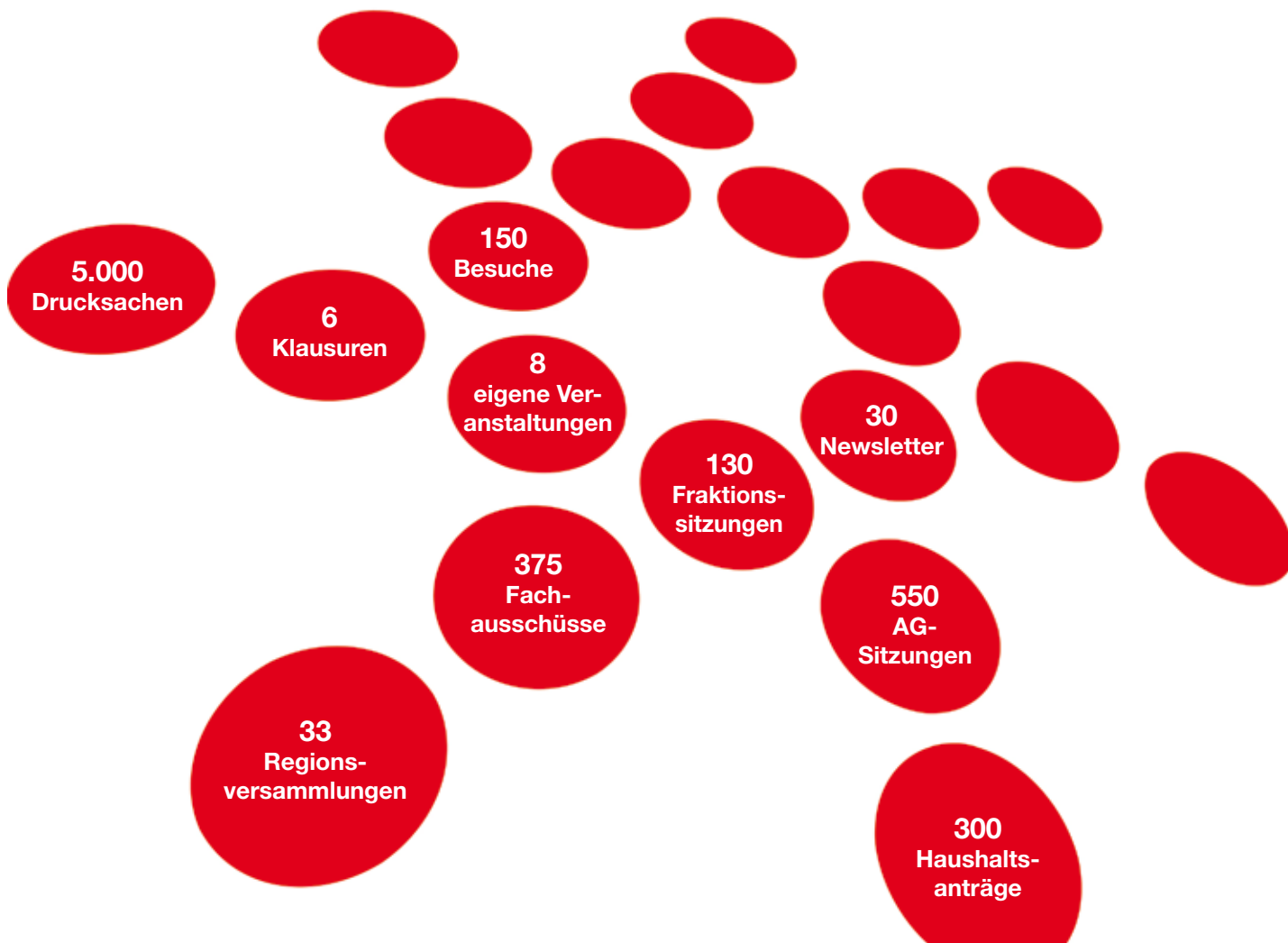
Wir haben den Anspruch, die Lebensverhältnisse sowohl in der Landeshauptstadt Hannover, als auch in den eher ländlich geprägten Umlandkommunen gleichwertig im Blick zu behalten. Hierfür ist eine gute Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Räten der Städte und Gemeinden wichtig.

Die aktuelle Wahlperiode neigt sich dem Ende entgegen - Zeit für ein Resümee. Viele Einflüsse von außen haben die Kommunalpolitik der letzten Jahre geprägt. Nach Corona kam der Krieg in der Ukraine, Energiekrisen, mehr Zuwanderung. Dann der schreckliche Terror in Israel im Herbst 2023 und jetzt aktuell die Krise im Iran.

Darüber hinaus mussten wir uns intensiv mit der medizinischen Versorgung in der Region auseinandersetzen und haben mit der Medizinstrategie 2030 ein zukunftsweisendes Konzept beschlossen, das es gilt umzusetzen. Zum Thema Verkehr sowie Klimaschutz haben wir viel gearbeitet, aber auch zu allen anderen Bereichen. Dies zeigt sich im folgenden Bericht.

Danke an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit in der Fraktion, mit dem Fraktionsbüro und mit der Partei. Nach der Kommunalwahl im „Corona-Modus“ die Arbeit der neuen Fraktion zu gestalten war für alle eine Herausforderung, die wir gut gemeistert haben. Wir haben unsere verantwortungsvolle Politik weiter fortgesetzt.

Regina Hogrefe | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover



AG Abfallwirtschaft

Ausschussmitglieder: Wolfgang Toboldt (Sprecher), Regina Hogrefe (stellv. Sprecherin), Jonas Farwig, Helga Laube-Hoffmann und Matthias Paul (Ausschussvorsitzender)

Stellv. Ausschussmitglieder: Angelo Alter, Frauke Meyer-Grosu, Christina Schlicker, Frank Straßburger und Karsten Vogel

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Sascha Eckstein und Thomas Sonnabend



Die Abfallwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer regionalen Verantwortung. Im Rahmen des rot-grünen Koalitionsvertrags bekennen wir uns klar zur kommunalen Abfallentsorgung und lehnen eine Privatisierung im Sinne der Nachhaltigkeit und Servicequalität ab. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Hannover (aha) ist für uns ein wichtiger Partner in der Umsetzung unserer Ziele.

Umstellung auf Tonnenabfuhr

Eine der bedeutendsten Maßnahmen seit Errichtung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover ist die Umstellung der Abfallentsorgung von einer Sack- auf eine Tonnenabfuhr, die Mitte 2025 abgeschlossen wurde. Durch intensive Kommunikations- und Informationsmaßnahmen sowie eine breite öffentlichkeitswirksame Kampagne haben wir diesen Prozess begleitet.

Kostenloser Tonnenumtausch

Nach der Tonnenersteinführung oder einer Umstellung des Abfuhrhythmus boten wir auf Antrag der Koalition allen betroffenen Privathaushalten die Möglichkeit eines einmaligen, kostenlosen Tonnenumtauschs innerhalb der ersten drei Monate nach der Umstellung.

Umweltbildung

Auf rot-grünen Antrag hin werden die Umweltbildung für Kinder, Schulen und Kitas überarbeitet und neu konzipiert. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf die Themen Rohstoffgewinnung und Kreislaufwirtschaft gelegt, um auch Grund- und weiterführenden Schulen ein entsprechendes Angebot zu bieten. Zusätzlich sollen Bedingungen geprüft werden, wie ein außerschulischer Lernort ggf. in Zusammenarbeit mit Partnern geschaffen werden kann.

Hochwasserhilfe

Das Hochwasser zum Jahreswechsel 2023/2024 stellte eine große Herausforderung dar. Mit unserem Antrag zur befristeten kostenfreien Entsorgung von Sperrmüll nach dem Hochwasser konnten wir den Betroffenen eine kostenlose Hilfe bei der Entsorgung anbieten.

Klimaschutz in der Abfallwirtschaft

Wir setzen uns aktiv mit der Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft im Sinne des Klimaschutzes auseinander. Maßnahmen hierzu umfassen unter anderem die Anschaffung wasserstoffbetriebener Fahrzeuge, die Installation von PV-Anlagen auf (ehemaligen) Deponien sowie Maßnahmen zur Wasserstoffproduktion.

Neues Wertstoffhofkonzept

Das vor 15 Jahren beschlossene Wertstoffhofkonzept muss aufgrund neuer Standards weiterentwickelt werden. Wir haben daher die Erstellung eines neuen Wertstoffhofkonzeptes in Auftrag gegeben. Damit werden die Wertstoffhöfe an geänderte Rahmenbedingungen und Bedarfe angepasst.

Um nicht-erlaubte Nutzungen einzudämmen, wurde als Maßnahme des so genannten Zukunftskonzeptes zudem die Einführung von Instrumenten zur Zugangskontrolle auf den Wertstoffhöfen beschlossen, welche ab 2027 umgesetzt werden sollen. Wertstoffhöfe sollen aber weiterhin für berechnigte Nutzungen kostenfrei bleiben.

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

Am Standort Lahe sind neben dem Zweckverband weitere Akteure der Energie- und Abfallwirtschaft tätig. Zusammen mit eew und enercity wurde mit einer Machbarkeitsstudie ein erster Schritt für einen zukunftsfähigen und nachhaltigen Anlagepark, unter Berücksichtigung der maximalen Energieauskopplung, der Dekarbonisierung und der Ressourcenschonung, erarbeitet. Die Diskussion über die Maßnahmen wird die kommenden Jahre maßgeblich bestimmen.



AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Ausschussmitglieder: Leyla Hatami (Sprecherin), Brian Baatzsch (stellv. Sprecher), Anja Sander (stellv. Ausschussvorsitzende), Werner Backeberg und Ernesto Nebot Pomar

Stellv. Ausschussmitglieder: Angelo Alter, Cornelia Busch, Frank Straßburger, Karsten Vogel, Walter Zychlinski

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Michael Homann, Dr. Sami Mohtadi (bis 11.2024), Andreas Ohlendorf (seit 11.2024)



Seit Beginn der aktuellen Wahlperiode, im November 2021, konnten wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, Bündnis 90/Die Grünen, Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen in den Feuerwehertechnischen Zentralen (FTZen) erzielen.

Auch sind die vielfältigen geopolitischen Herausforderungen in der Region Hannover spürbar, sodass wir im Laufe der Wahlperiode einen stärkeren Fokus auf den Katastrophenschutz und die auskömmlichere Finanzierung der Rettungsorganisationen gelegt haben.

Im Bereich Ordnungsangelegenheiten haben wir uns vor allem für eine dauerhafte Bleibeperspektive in der Region Hannover von Menschen mit Gedulderten-Status eingesetzt.

Feuerschutz

- Neubau der FTZ Ronnenberg am jetzigen Standort beschlossen.
- Um den Austausch im FRO-Bereich mit den Verantwortlichen zu verbessern, haben wir 2023 das Format „Dialogforum“ etabliert, das wir in diesem Jahr fortführen werden. Es dient zum Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Tätigen in FRO-Berufsfeldern.
- Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Ausbildung in den FTZen haben wir folgende Beschlüsse getroffen:
 - Beschaffung einer digitalen Brandsimulationsanlage
 - Anschaffung von Brandschutztüren zu Trainingszwecken
- Neubau und Sanierung der FTZ Burgdorf beschlossen. Umbau der Atemschutzwerkstatt und Anbau eines Büros sind geplant.
- Beschaffung eines Waldbrandtänklöschfahrzeugs
- Erstellung eines Fahrzeugkonzepts gemeinsam von der Regionsfeuerwehführung und der Regionsverwaltung
 - Ziel: Bedarfe frühzeitig aufzeigen, die entsprechenden Planungen auch im Hinblick auf die finanziellen Anforderungen anpassen, die Beschaffungen der erforderlichen Fahrzeuge rechtzeitig in die Wege leiten können
- Aufstockung der Mittel für die Regionsjugendfeuerwehr um 10.000 Euro auf 20.000 Euro

Rettungswesen

- Damit das Gemeindenotfallsanitäter*innen-Projekt weiter vorangetrieben werden kann, haben wir für den Haushalt 2024 einen Antrag auf Ermittlung von Modellkommunen im Umland der Region gestellt. Die Umsetzung unseres Haushaltsantrags verfolgen wir aufmerksam und haken bei der Verwaltung immer wieder nach, wie der Umsetzungsstand aussieht.
- Einführung des webbasierten interdisziplinären Versorgungsnachweises IVENA eHealth
 - Bietet eine detaillierte Ressourcenansicht, zeigt in Echtzeit die aktuellen Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten der Krankenhäuser in der Region an
- Haushaltsantrag gestellt zur zeitnahen Beschaffung eines Boots zur Wasserrettung am Steinhuder Meer inkl. turnusmäßiger Kontrolle
- Bedarfsplan Rettungsdienst fortgeschrieben, damit die Rettungsdienste in der Region Hannover zukunftsfähig aufgestellt sind



AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

- Antrag „Wege ins Bleiberecht“ gestellt:
 - Ziel: Region schließt mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. eine Kooperationsvereinbarung mit dem Inhalt, geduldete Menschen im Umland der Region nach den bestehenden Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes und der damit einhergehenden behördlichen Ermessensspielräume ein gesichertes Bleiberecht und damit eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu entwickeln.
- Begleitung der Situation der Fahrerlaubnisbehörde – Seit Dezember 2023 gibt es eine neue Organisationsaufstellung.
- Begleitung der Situation der Ausländerbehörde – Regionsverwaltung führt eine Organisationsuntersuchung durch. U.a. ist eine Terminvereinbarungssoftware geplant.
- Weiterförderung einer Orientierungsberatungsstelle für Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und in der Region Hannover (ohne LHH) leben, in den Räumen der Region Hannover für die Zeit vom 01.01.23 bis 31.12.24
 - Aufgabe der Beratungsstelle: Förderung der Integration zugewanderter Menschen in der Region
 - das Beratungsspektrum umfasst alle Lebensbereiche: U. a. Sprachkurse, Arbeit, Aus-/ Fort- und Weiterbildung, Rückkehr-/Weiterwanderung

Katastrophenschutz

- Haushaltsanträge gestellt zur auskömmlicheren Finanzierung der Rettungsorganisationen (DRK, ASB, DLRG, Johanniter-Unfallhilfe)
- Hochwasserpartnerschaft der regionsangehörigen Kommunen „Mittlere und Untere Leine“ initiiert
- Förderrichtlinie für die Einrichtung von Sirenen beschlossen
- Einführung des Modularen Warnsystems (MoWas) zur zeitnahen Warnung der Bevölkerung

Ortstermine und Besuche

- Besuch beim ASB in Barsinghausen und Austausch über das Gemeindenotfallsanitäter*innen-Projekt
- Besuche der FTZen Ronnenberg, Neustadt a. Rbge. und Burgdorf
- Besuch des DRK Region Hannover mit Austausch zur finanziellen Situation der Rettungsorganisationen

AG Gesundheit

Ausschussmitglieder: Anja Sander (Sprecherin), Angelo Alter (stellv. Sprecher), Christina Schlicker, Claudia Schüller und Ernesto Nebot Pomar

Stellv. Ausschussmitglieder: Silke Gardlo, Knud Hendricks, Regina Hogrefe, Helga Laube-Hoffmann und Frank Straßburger

Sachkundige Einwohner:innen mit beratender

Stimme: Dr. Eckart Galas, Mansur Boltaev (ab 08.2025), Kathleen Linke (bis 08.2025)



Die Arbeit im Bereich Gesundheit ist geprägt durch den aktuellen Wandel im Bereich der gesamten Krankenhauslandschaft. Die Krankenhauslandschaft befindet sich hinsichtlich der finanziellen wie auch personellen Situation (Fachkräftemangel) vor großen Herausforderungen. Zudem besteht ein zunehmender Trend zu ambulanten Behandlungen und steigenden Ansprüchen an die Behandlungs- und Pflegequalität. Im Zuge dessen sind wichtige Strukturveränderungen notwendig. Mit der Medizinstrategie 2030 will das kommunale Klinikum Region Hannover sich diesen veränderten Rahmenbedingungen stellen. Im Zusammenhang mit der **Medizinstrategie 2030** wurde Ende 2023 auch ein eigener Ausschuss für den Gesundheitsbereich geschaffen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit im Bereich Gesundheit ist daher maßgebend die Begleitung und Unterstützung der Medizinstrategie 2030:

- Wir haben die Gesundheitsversorgung für alle in der Region Hannover im Blick und haben uns stark gemacht für ein Klinikum Region Hannover, das in kommunaler Trägerschaft verbleibt und somit im Wettbewerb bestehen kann.
- Wir sorgen dafür, dass das KRH ein attraktiver Arbeitgeber für die Mitarbeitenden bleibt, und stellen die Weichen für eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Region.

AG Gesundheit

- Mit unserem Änderungsantrag zur Medizinstrategie 2030 haben wir maßgebend zur Stärkung des Profils der Standorte des KRH beigetragen:
 - Der Standort Laatzen als Grund- und Regelversorger samt Notfallversorgung wird gestärkt und um ein attraktives Portfolio an ambulanten Angeboten erweitert. Zudem wird die zentrale Notaufnahme modernisiert, um die Weiterentwicklung des Agnes-Karll-Krankenhauses voranzubringen.
 - für den Standort Lehrte haben wir durch die Freigabe der Mittel die Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums (RGZ) in kommunaler Trägerschaft auf den Weg gebracht. Neben dem Neubau für das RGZ entsteht in den Gebäuden des ehemaligen Klinikums Lehrte ein Gesundheitscampus mit verschiedenen gesundheitsbezogenen Dienstleistungen.
 - Bereits beschlossene Investitionsmittel für Laatzen und Lehrte sollen für die Standorte weiter zur Verfügung stehen.
 - Die Region Hannover soll ein regelmäßiges Monitoring über die ambulante und stationäre Notfallversorgung in der Region Hannover vorlegen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten.
- Die Klinikum Region Hannover GmbH hat zudem mit unserer Zustimmung immer wieder verschiedene Zuwendungen erhalten, die für einzelne Teilmaßnahmen an den jeweiligen KRH-Standort vorgesehen sind. Diese umfassen z.B.:
 - Den Austausch von Bettenaufzügen am Standort KRH Klinikum Nordstadt
 - Investitionen in die digitale Infrastruktur
 - Investitionen in Reinigungs- und Desinfektionsgeräte
 - Zahlungen in die Kapitalrücklage des KRH
 - Investitionen in ein Kodierrevisionstool
 - Verbesserungen des Speisenverteilungssystems der Patientenverpflegung an den Standorten Gehrden, Siloah und Großburgwedel
 - Die Umrüstung und Implementierung eines CT-Gerätes jeweils an den Standorten Lehrte und Großburgwedel
 - Die Schaffung eines Herzkatheterlabors am Standort Großburgwedel

Folgende weitere Gesundheitsthemen haben uns neben der Medizinstrategie 2030 beschäftigt:

- Das Gesundheitsamt hat durch uns ein Konzept für die Einrichtung eines mobilen HIV/STD erarbeitet, um ein niedrigschwelliges Beratungs- und Untersuchungsangebot an möglichen Stellplätzen zu schaffen. Dabei haben wir eng mit den freien Trägern im Gesundheitsmanagement zusammengearbeitet.
- Die Verwaltung prüft durch uns den Einsatz einer mobilen Stroke Unit (MSU) in der Region Hannover. Die MSU ist ein speziell ausgerüsteter Krankenwagen mit modernster Technik zur schnellen Diagnose und Behandlung von Schlaganfällen.
- Wir haben das Gesundheitsamt der Region Hannover beauftragt, eine jährliche Berichterstattung zu seinen Aktivitäten und Aufgaben zu erstellen und diese zu präsentieren. Zukünftige Herausforderungen und Bedarfe in der Gesundheitsvor- und -nachsorge sollen auch dort beschrieben werden.
- Die Einrichtung eines Gesundheitsfonds für Menschen ohne gesicherten Zugang zum Gesundheitssystem haben wir unterstützt. Dieser finanziert notwendige Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel, Medikamente und Zuzahlungen für Menschen ohne Krankenversicherung aus der Region.
- Zusätzlich haben wir uns für die Einrichtung eines Geburtenfonds für Frauen ohne gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung stark gemacht. Der Fond soll gewährleisten, dass schwangere Frauen ohne Versicherungsschutz eine sichere Geburt erleben können.
- Die Hebammenzentrale haben wir institutionalisiert, indem sie als Stabsstelle dem Fachbereich Gesundheitsmanagement angegliedert wurde.
- Wir haben uns für die Kaiserschnittstelle e.V. stark gemacht, die jetzt in die Förderung des Gesundheitsmanagements der Region Hannover mit finanziellen Zuwendungen neu aufgenommen wurde.
- Für die Suchtprävention junger Menschen (14-25 Jahre) haben wir zusätzliche Stellen in die Förderung aufgenommen. Zusätzlich werden die Träger durch Leistungsvereinbarungen gefördert, die eine dreijährige Laufzeit haben und somit mehr Planungssicherheit ermöglichen.
- Wir haben die Weiterentwicklung und die Realisierung der Beratungsangebote der Hannöversche Aidshilfe e.V. in einem zukünftigen „Checkpoint Sexuelle Gesundheit“ für die nächsten Jahre mit zusätzlichen Zuschüssen gesichert. Der Checkpoint und der Verein Phoenix e.V. erhalten zusätzlich Mittel für die Präventionsarbeit vor HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen.



AG Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität

Ausschussmitglieder: Cornelia Busch (Sprecherin Gleichstellung), Parisa Hussein-Nejad (Sprecherin Integration, Antidiskriminierung und Diversität), Leyla Hatami, Frauke Meyer und Matthias Paul

Stellv. Ausschussmitglieder: Silke Gardlo, Christina Schlicker, Frank Straßburger, Petra Rudszuck und Johannes Seifert

Sachkundige Einwohner:innen mit beratender Stimme: Nicole Hendrych und Muzaffer Öztürkyilmaz



Die Themen im Ausschuss sind enorm vielfältig: Gleichstellung der Geschlechter, Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, gegen Sexismus, gegen Femizide, Integrationsprojekte für Menschen mit Migrationshintergrund, Beratungsmöglichkeiten für Frauen / Männer / LGBTQ, Unterstützung für werdende Eltern, struktureller Rassismus, Diskriminierung, Ausbau von Diversitymaßnahmen in Unternehmen, Verwaltung u.v.m.

Der Ausschuss in dieser Form existiert seit Herbst 2023 und hat seitdem einiges auf den Weg gebracht:

Wir haben das flächendeckende Beratungsstellenkonzept für die Region Hannover umgesetzt und ausgebaut, inhaltlich und personell durch neue Richtlinien angepasst. Erste Evaluationen zeigen, dass wir dadurch mehr Frauen erreicht haben und die Hemmschwelle für die Kontaktaufnahme senken konnten. Die Corona-Pandemie stellte für alle Beratungsstellen eine enorme Herausforderung dar, weil eine Kontaktaufnahme vor Ort oft nicht möglich war. Telefonberatung, Videoberatung usw. wurden ausgebaut – wir haben als Regionsfraktion alle spontanen Maßnahmen mitgetragen und unterstützt. Wir haben 2023 aufgrund der Inflation zugestimmt, dass Beratungsstellen eine Sonderzahlung erhalten, um weiterhin ihrer Arbeit gerecht werden zu können. Wir haben durch unsere Zustimmung dafür Sorge getragen, dass es auch weiterhin eine gute BISS-Versorgung für die Region gibt. Die meisten Beratungsstellen gegen (sexualisierte) Gewalt sind inzwischen in 3-Jahresverträgen mit der RH eingebunden, um bessere Planbarkeit hinsichtlich der personellen Ausstattung und Umsetzung von Aufgaben und Projekten zu ermöglichen.

Gewaltformen an Schutzbedürftige haben besonders im Bereich digitale / virtuelle Gewalt zugenommen – damit werden wir zukünftig mehr zu tun haben. Tracking, Cybermobbing, Cyberharassment usw. sind unfassbar große Problemfelder, bei denen es unsere Aufgabe sein wird, die Beratungsstellen fit für die Zukunft zu machen und sie durch finanzielle Unterstützung für Schulungen, Ausstattung u.ä. arbeitsfähig zu machen. Hier ist bis Mitte 2026 noch nicht allzu viel passiert, einige Beratungsstellen fangen an, sich in diesen Themenfeldern weiterzubilden.

Die Hebammenzentrale, die jetzt als Stabstelle bei der RH angegliedert ist, wurde in den Bereich Gesundheit verschoben, was Sinn ergibt, da es sich im Wesentlichen um Maßnahmen zur Frauengesundheit handelt. Dennoch bleibt das Thema „Schwangeren- und Elternfürsorge“ auch in der Gleichstellung präsent.

In den Bereichen Integration, Antidiskriminierung und Diversität haben wir es geschafft, dass der Jugendtreff Queer Unity in die Förderung durch das Beratungsstellenkonzept aufgenommen wurde.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Menschen aus der Queer Community mehr Unterstützung und Sichtbarkeit sowie mehr Sicherheit erfahren und fördern den CSD Hannover.

Außerdem beschäftigen wir uns mit strukturellem Rassismus / struktureller Diskriminierung in Verwaltungsstrukturen. Dies tun wir, indem wir Anfragen und Anträge stellen, Probleme im Ausschuss ansprechen.

Wir haben die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe im Entstehungsprozess unterstützt und gemeinsam mit dem Fachbereichsleiter die inhaltliche Ausrichtung besprochen.

Aktuell beschäftigen wir uns mit Optimierung des inzwischen veralteten Integrationskonzeptes.

AG Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität

Schwerpunkte unserer politischen Arbeit:

Beratungsstellen

- Ausbau und Verbesserung der Förderstruktur von (Frauen-) Beratungsstellen
- Erfolgreiche Umsetzung: einer flächendeckenden Versorgung mit Frauenberatungsstellen in der Region Hannover, um sowohl einen qualitativen Maßstab für eine einheitliche Versorgung zu gewährleisten als auch Lücken in der Beratungslandschaft zu schließen.
- Die Beratungsstellen, welche in der RH angegliedert sind, erhalten eine 3-jährige Förderung: zur Planungssicherheit
- Beratung der finanziellen Förderung von Beratungsstellen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen
- Finanzielle Förderung u.a. des Frauen- und Mädchen Gesundheitszentrums e.V. (FMGZ), des Männerbüros, des Queer Unity
- Besuche und Informationsgespräche bei Beratungsstellen, (AWO, Ophelia, Violetta, BTZ usw.)

Hilfe für Frauen in Krisensituationen

- Ausbau der Hilfen für Frauen in Wohnungsnotfallsituationen mit dem Ziel, über Beratung und Unterstützung – insbesondere für Frauen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsnotfällen – ein frauenspezifisches Hilfesystem in der Region Hannover sicherzustellen
- Sicherung und Weiterentwicklung der Hilfen für Frauen in gewaltgeprägten Lebensumständen mit einer Ergänzung der klassischen Frauenhäuser um Elemente des Übergangswohnens, des „gesicherten Frauenhauses“ und einer Notaufnahmeeinrichtung
- Ein neues Frauenhaus 24/7 errichtet (Frauen wird sofort ein Schlafplatz angeboten)
- Ein nachgelagertes Frauenhaus mit vier Wohneinheiten und pädagogischer Betreuung geschaffen.

Integration

- Begleitung des Integrationsfonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“ ->heißt jetzt: Regionsfonds für Vielfalt und Teilhabe; Budget wurde aufgestockt auf 200.000€
- Strukturelle sowie inhaltliche Ausrichtung der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe
- Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle der Landeshauptstadt Hannover wird gerade umgesetzt (RH stellt finanzielle Mittel für Stellen zur Verfügung, arbeiten dann gemeinsam in der ADS der LHH)
- Das Projekt „Wege ins Bleiberecht“ wurde auf unsere Initiative hin umgesetzt
- LSBQT*1 / Queer Community – mehr Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen und mehr Projekte zur Unterstützung und Teilhabe finanzielle Unterstützung des CSDs, finanzielle Unterstützung queerer Projekte (Andersraum e.V., Schlau e.V. Queer Unity)
- Die Ausländerbehörde wird 2026 neu eröffnet – für GIDA heißt das besonders im Hinblick auf Projekte wie „Wege ins Bleiberecht“; Integrationskurse begleitend tätig zu bleiben

Weitere aktuelle Themen

- Der Gleichstellungsplan der Region Hannover als jährlichen Gradmesser und Impulsgeber für Ziele und Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Regionsverwaltung, bzw. in der RH
 - Begleitung des Gleichstellungsberichtes
- Gendergerechte Sprache in der Verwaltung - hat sich weitestgehend etabliert
- Sexismus in der Werbung: die Region Hannover unterstützt weiterhin die europäische „Charta zum Engagement gegen sexistische Werbung“ und Unterstützung des europaweiten Netzwerks „Städte gegen sexistische Werbung“
- Weiterhin Umsetzung der Initiative „Klischeefrei“ um Jugendlichen den Zugang zu vermeintlich „geschlechteruntypischen“ Berufen zu erleichtern, Stereotype aufzulösen
- Die „Koordinierungsstelle Frau und Beruf“ wurde weiterentwickelt (inhaltlich breiter aufgestellt, barrierefreier) – es gibt mehr Kooperationen mit dem Bereich AWB

Generell

- Die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Gesellschaftsbereichen ist längst nicht vollendet, Stand 2026 haben wir immer noch 16 % Lohnlücke und noch immer sind die Gewalttaten an Frauen hoch, inzwischen wird in Deutschland fast jeden Tag ein Femizid verübt
- Gleichstellung bleibt als Aufgabenfeld insgesamt und als Querschnittsaufgabe wichtig.
- Auch weiterhin müssen alle Politikfelder der Region Maßnahmen ergreifen, um das Ziel Gleichstellung zu verwirklichen und dafür eintreten, dass alle Menschen in der Region Hannover unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Behinderung, Religion oder sexueller Identität, diskriminierungsfrei leben können.
- Der Abbau von Diskriminierung, Homo- und Transphobie ist und bleibt für uns Querschnittsaufgabe in allen politischen Bereichen. Das Ziel ist es Mehrfachdiskriminierung durch gezielte Maßnahmen zu verhindern und vornherein zu vermeiden.



AG Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität

- Die Pandemiefolgen sind noch immer präsent: inzwischen zeigt es sich, dass besonders viele junge Mädchen und Frauen ein erhöhtes Maß an psychischen Erkrankungen aufzeigen, als Folge der Pandemie – die konkreten Ursachen werden aktuell erforscht.
- Maßnahmen wie Home-Office / Home-Schooling, Reduzierung der Arbeitszeiten usw. wurden hauptsächlich von den Frauen übernommen und geleistet. Außerdem arbeiten vor allem Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen und haben durch die Pandemie ihre Jobs verloren, sind dadurch (weiter) in die Armut gerutscht – das wird sich langfristig auch im Bereich Altersarmut durch geringere Rente zeigen, daher beschäftigen wir uns zunehmend mit dem Thema Altersarmut
- Corona hat die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft um mindestens eine Generation zurückgeworfen. Bisher konnten wir die Folgen nicht auflösen. Hier müssen wir aktiv dafür Sorge tragen, dass die Pandemiefolgen abgemildert werden und zukünftige Pandemien (oder ähnliche gesellschaftlich stark beeinflussende Ereignisse) nicht auf Kosten der Frauen gehen. Auch in 2026 sind die Corona-Folgen noch zu spüren.



AG Kinder und Jugend

Ausschussmitglieder: Johannes Seifert (Sprecher), Brian Baatzsch (stellv. Sprecher) und Frauke Meyer (Ausschussvorsitzende)

Stimmberechtigte Mitglieder nach besonderer

Rechtvorschrift: Diana Jäger und Werner Bürgel

Stellv. Ausschussmitglieder: Parisa Hussein-Nejad, Matthias Paul, Thilo Scholz, Ingrid Kröder und Simone Oertel gen. Bierbach



Unser politisches Handeln im Jugendhilfeausschuss basiert auf folgender Prämisse: Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind entscheidend für die weitere Entwicklung im Leben. Kinder, Eltern und Jugendliche müssen die größtmögliche Unterstützung bekommen, wenn Hilfe benötigt wird. Kinder sollen in ihrer Entwicklung bedarfsgerecht gefördert, soziale Belastungen im familiären Umfeld reduziert und die Chancen auf Teilhabe erhöht werden.

Durch den Ukrainekrieg, durch die Zuwanderung vieler unbegleitete minderjähriger Geflüchteter aus verschiedenen Herkunftsländern hat sich eine weitere Prämisse entwickelt: wir wollen diesen jungen Menschen schnellstmöglich die Chance geben, sicher und zukunftsorientiert in Deutschland anzukommen. Auch wenn in den letzten Jahren die Lage zur Unterbringung und Begleitung dieser jungen Menschen teilweise problematisch war, sind wir aktuell in einer relativ stabilen Versorgungslage.

Mehr Kitaplätze in den Kommunen

Eines unserer zentralen Anliegen war und ist, die Regionskommunen darin zu unterstützen genug Kindergartenplätze zu schaffen. Angesichts des hohen Bedarfs haben wir die Baukostenförderung für Ü3-Plätze verdoppelt. Im Hinblick auf die Qualität haben wir ebenfalls noch einmal nachgelegt: Innovative zeitgemäße pädagogische Arbeit soll stärker unterstützt und die finanzielle Förderung der Einrichtung von lernanregenden Umgebungen ausgeweitet werden. Leider können viele Maßnahmen aufgrund von Fachkräftemangel nicht umgesetzt werden. Aktuell gibt es die Notsituation in der Betreuung, dass Einrichtungen ihre Öffnungszeiten kürzen oder teilweise tageweise schließen müssen. Politisch haben wir uns daher gemeinsam mit der AG SKS auf die Fahne geschrieben, das Thema „bessere, zukunftsorientierte Fachkräfteausbildung“ durch eine Zusammenarbeit mit dem Land voranzubringen. Aktuell arbeiten wir an einer Fachdiskussion zum Thema und zusätzlich gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an einer Resolution.

AG Kinder und Jugend

Kinder mit Förderbedarf nicht allein lassen!

Förderbedarfe sollen nicht erst bei den Schuleingangsuntersuchungen, sondern möglichst vorher erkannt werden, damit frühzeitig zielgerichtet gegengesteuert werden kann.

Stellen für die Sprachförderung aufgestockt: Auf unsere Initiative sind weitere Stellen geschaffen worden. Die Mittel für dezentrale Sprachförderkräfte haben wir in den letzten Jahren verdoppelt. Jetzt sind wir aber an dem Punkt, dass wir verschiedene Angebote nicht durchführen können, weil nicht ausreichend personelle Kapazitäten da sind.

Mediensucht in den Fokus genommen: Neue Generationen stehen vor neuen Herausforderungen. Aus diesem Grund haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Projekte zur Bekämpfung von Mediensucht nun auch regulär durch die Region gefördert werden.

Neues Konzept für die Familienhilfen

Wir haben die Grundversorgung für alle 21 Kommunen flächendeckend verstärkt und halten für jede Kommune ein Angebot vor. Dabei wurde der Personalschlüssel 2021 zwar um fast 50% aufgestockt, aber wir haben immer noch ein Fachkräfteproblem in allen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfen. Gemeinsam mit Schule, Kultur und Sport steuern wir im Kontext Berufsschulen dagegen. Im sozialen Bereich gibt es an den BBSen Zuwächse zu verzeichnen. Die Lage wird sich also in den nächsten Jahren etwas entspannen.

Wir haben die Familienzentren in der Region Hannover etabliert und setzen uns dafür ein, dass diese ihre Angebote ausbauen können.

Frühe Hilfen stärken und junge Eltern unterstützen: Mit dem Projekt „Bin Da! – Gemeinsam durch das erste Lebensjahr“ haben wir ein Hausbesuchsprogramm für junge Eltern auf den Weg gebracht. Das Projekt konnte auf alle 16 Kommunen, für die die Region zuständig ist, erweitert werden.

Einführung des Ganztags

Ab dem 01.08.2026 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztags für Grundschulkindern. Wir sind im Austausch mit den Kommunen und dem Bereich Schule, wie dies gelingen kann und wie kommunale freie Träger:innen der Jugendhilfe konzeptionell eingebunden werden können.

Kindesmissbrauch bekämpfen

Viele Kinder erleben sexualisierte Gewalt, sie können sich nicht selbst schützen und sind Missbrauchsabsichten häufig schutzlos ausgeliefert. Die Fachberatungsstellen in der Region sind Anlaufpunkte für Opfer sexueller Gewalt. Wir haben diese in die Regelförderung überführt und passen die Richtlinien regelmäßig an.

Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen in der Region Hannover

Die Beteiligung von Jugendlichen ist ein unerlässlicher Baustein zur Stabilisierung unserer Demokratie und Bereicherung für unser Gemeinwesen. Daher haben wir 2022 einen Antrag eingebracht zur politischen Jugendbeteiligung. Momentan ist es so, dass unser Antrag zur Jugendbeteiligung noch nicht zufriedenstellend bearbeitet worden ist und wir regelmäßig nach dem Sachstand fragen. Aber in der Prioritätenliste ist dieser Antrag seit Ausbruch des Ukraine-Krieges weit nach hinten gerutscht. Was wir nachvollziehen können, trotzdem fragen wir nach. Im Bereich der politischen Bildung gibt es aber immer wieder Beteiligungsformate seitens der RH.

Jugendhilfekostenausgleich

Die Städte Hannover, Langenhagen, Burgdorf, Laatzen und Lehrte haben ein eigenes Jugendamt. Laut NKomVG erhalten sie seit dem Start der Region bis zu 80% der Personal- und Sachkosten erstattet; auf unsere Initiative ist über die zu erbringende Sonderumlage der Kommunen ohne eigenes Jugendamt mehr Gerechtigkeit geschaffen worden. Ungeachtet dessen müssen einige Angebote von den Städten/Gemeinden mit eigenen Jugendämtern selbst finanziert werden.

Unterstützung von Jugendlichen

- Die Projekte „2. Chance mobil“ und „Sprungkraft“ sind in gemeinsamem Austausch mit SKS und AWB unterstützt worden und werden gefördert.
- Das Projekt „Miteinander in Toleranz“ fördern wir seit 2007 und tun es weiterhin – denn es stellt einen Baustein in der Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund dar.
- Das Thema „umAs“ (unbegleitete minderjährige Ausländer) beschäftigt uns aktuell zunehmend weniger – die Meisten konnten gut in Schule und Bildung untergebracht werden - Dennoch bleibt die Integration und adäquate Versorgung dieser jungen Menschen ein Dauerthema.



AG Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung

Ausschussmitglieder: Silke Gardlo (Sprecherin), Angelo Alter (stellv. Sprecher Finanzen), Brian Baatzsch, Knud Hendricks (Ausschussvorsitzender) und Regina Hogrefe (stellv. Sprecherin Personal)

Stellv. Ausschussmitglieder: Werner Backeberg, Jonas Farwig, Petra Rudsuck, Dr. Robert Schmitz und Karsten Vogel



Die AG Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung befasst sich vorrangig mit allen Fragen zur Finanzierung, Personal und der Digitalisierung der Verwaltung. Der Haushalts- und Stellenplan und die Entgegennahme des Jahresabschlusses bzw. die Entscheidung über die Entlastung wird vorbereitet. Es wird über Personalangelegenheiten und Themen wie demografischer Wandel, Bauprojekte und Regionsgebäude entschieden. Zudem gehören IT-Angelegenheiten sowie die Digitalisierung zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft.

Die Vereinbarung mit dem Koalitionspartner gibt u.a. Grundzüge einer verantwortungsvollen Finanz- und Personalpolitik wieder. Wir haben die finanzielle Gesamtentwicklung der Region eng im Blick und tragen für die finanzielle Lage die Verantwortung. Seit dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung im Jahr 2021 haben sich vielfältige Herausforderungen für die kommunale Ebene, also auch für die Region ergeben. Krisen, Kriege und internationale Entwicklungen haben Einfluss auf die Finanzsituation. Somit ist nach einigen guten Jahren, jetzt eine deutliche Verschlechterung zu bemerken, was sich auch durch den deutlichen Druck auf die regionsangehörigen Kommunen niederschlägt. Die „atmende“ Regionsumlage hat starken Husten bekommen. Die Region ist bereits in den letzten beiden Haushaltsjahren wieder zu den sog. Haushaltssicherungskonzepten verpflichtet.

Die AG OPFD begleitet wichtige Investitionen in die Zukunft. In den zentralen Aufgabenbereichen der Region Hannover wie zum Beispiel: Bildung, Verkehr, Gesundheit/Krankenhäuser, Wohnungsbau und Naherholung, ist eine bedarfsgerechte Investitionstätigkeit erforderlich. Wir unterstützen die Krankenhausreform mit der Medizinstrategie 2030, in deren Rahmen notwendige Investitionen in die Gesundheitsversorgung getätigt werden müssen. Auch Investitionen in den ÖPNV der Region Hannover sind weiterhin unerlässlich, um die Verkehrswende voranzutreiben.

Nach der Covid-19-Pandemie 2020 hat auch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Auswirkungen auf die kommunale Finanzlage. Diese Auswirkungen sind auf kommunaler Ebene deutlich zu spüren und treffen auf eine bereits strukturell unzureichende finanzielle Ausstattung. Trotz Willen zur Sparsamkeit und verantwortungsvoller Finanzpolitik in den letzten Jahren, stehen wir vor großen finanziellen Herausforderungen. Auch wenn Bund und Land zur Abmilderung mehrere Maßnahmenpakete aufgelegt haben, können wir die Herausforderungen perspektivisch nicht allein stemmen. Wie sich die von Land und Bund zugesagten Unterstützungspakte für die kommunale Ebene auf die entsprechenden Haushalte auswirken und ob sie tatsächlich Entlastungen bringen, bleibt abzuwarten.

Wir haben uns als Regionsfraktion für die regionsangehörigen Städte und Gemeinden stark gemacht und z.B. im Jahr 2023 einer einmaligen Unterstützung in Höhe von 25 Mio. Euro für regionsangehörige Kommunen zugestimmt. Die finanzielle Unterstützung soll für die Bewältigung von besonderen Herausforderungen bei der sozialen Infrastruktur genutzt werden. Die Regionsumlage wurde im Berichtszeitraum nicht erhöht, da die Kommunen ebenfalls vor den gleichen finanziellen Herausforderungen stehen wie die Region Hannover.

Die Region Hannover ist personell gut für die Erledigung der vielfältigen Aufgaben aufgestellt. Der Fachkräftemangel macht allerdings auch hier nicht halt. Daher muss sich die Region weiterhin als attraktive Arbeitgeberin profilieren, um ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen. Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung, unterschiedliche Teilzeitmöglichkeiten und die Berücksichtigung individueller Bedarfe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind notwendig. Die Regionsfraktion setzt sich insbesondere für die weiterhin hohe Ausbildungsquote in der Region ein.

Die Entwicklung der Digitalisierung der Regionsverwaltung sowie der Etablierung neuer Arbeitswelten als zentrale Bausteine einer modernen, bürgernahen und effizienten Verwaltung, wird von uns eng begleitet. Über eine von rot-grün beantragte Clusterbildung soll sich eine realistischere und strategischere Digitalisierungssteuerung etablieren. Mit Beschlüssen z.B. zur Digitalisierung der Personalakten der Mitarbeitenden der Region Hannover oder der Entwicklung einer KommunalApp gestalten wir den Digitalisierungsprozess gemeinsam mit der Regionsverwaltung.

AG Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europa

Ausschussmitglieder: Karsten Vogel (Sprecher), Frauke Meyer (stellv. Sprecherin), Jonas Farwig, Werner Backeberg und Claudia Schübler

Stellv. Ausschussmitglieder: Silke Gardlo, Parisa Hussein-Nejad, Dr. Robert Schmitz, Thilo Scholz und Anja Sander

Sachkundige Einwohner:innen mit beratender Stimme: Laura Schneider und Gerald Hinz



Im Bereich Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europa (RNME) ist es unser vorrangiges Ziel, die Lebensqualität in unserer Region weiter zu steigern. Wir streben dies durch den nachhaltigen Ausbau und Erhalt der Naherholungsgebiete sowie eine entsprechende Raumplanung an. Auch die Gestaltung der Daseinsvorsorge, unter Berücksichtigung des demographischen Wandels und der sich verändernden klimatischen Bedingungen, ist ein zentraler Aspekt unserer Arbeit, den wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden treiben.

Regionalplanung

Die regionalplanerische Gestaltung unserer Region steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir verstehen die Regionalplanung nicht nur als gesetzliche Pflichtaufgabe, sondern auch als Chance, die Entwicklung unserer Gemeinden aktiv mitzugestalten.

Die 5. Änderung des Regionalplans erneuert den Teil zur Windkraftnutzung, der gerichtlich gekippt wurde. Sie beinhaltet die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen und dient dem Landesziel, 2% der Fläche Niedersachsens für Windkraftanlagen auszuweisen. Das Sachliche Teilprogramm Windenergie 2025 wurde als Satzung beschlossen und bildet damit die verbindliche Grundlage für den weiteren Ausbau der Windenergie in der Region. Der Entwurf wurde im Beteiligungsverfahren umfassend abgewogen und entsprechend angepasst. Diese Maßnahme ist von großer Bedeutung, da sie eine nachhaltige Energieversorgung in unserer Region ermöglicht und gleichzeitig zur Erreichung unserer Klimaziele beiträgt.

Auch die 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde vorgelegt. Sie dient insbesondere der Anpassung an das Landesraumordnungsprogramm und umfasst u. a. Änderungen bei Natur- und Landschaftsflächen, Wald, kulturellem Sachgut sowie der Steuerung von Energieinfrastruktur und erneuerbaren Energien. Die politische Entscheidung hierzu steht noch aus.

Naherholung

Die Förderung der Naherholung ist ein zentrales Anliegen unserer Arbeitsgruppe. In dieser Wahlperiode wurden bedeutende Mittel bereitgestellt, um regional bedeutsame Naherholungsmaßnahmen zu unterstützen. Zu den Projekten gehören unter anderem der Neubau des Schauhauses im Berggarten der Herrenhäuser Gärten Hannover, Investitionen in die Naherholungsinfrastruktur in Garbsen, die Verbesserung der Wegebeschilderung im Deister und die Finanzierung des CoWorking Space in Sehnde. Insgesamt wurde in dieser Wahlperiode bereits über 1,5 Mio. € an Mitteln zur Verfügung gestellt. Am Steinhuder Meer liegt der Schwerpunkt weiterhin auf einem nachhaltigen Tourismuskonzept und inklusiven Angeboten wie einem barrierefreien Zugang zur Insel Wilhelmstein.

Die Förderung des Freizeit- und Alltagsradwegenetzes hat ebenfalls einen hohen Stellenwert. Wir arbeiten daran, die ausgeschilderten Radwege in einem Gesamtnetz zu integrieren.

Die Prüfung zur Ausweisung eines Naturparks Deister wurde angestoßen. Ziel ist es, die Region als zusammenhängenden Natur- und Erholungsraum weiterzuentwickeln, die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken sowie nachhaltigen Tourismus und den Schutz von Natur- und Kulturlandschaften zu verbinden.

Gleichzeitig begleiten wir aktiv die bestehenden Nutzungskonflikte im Deister, insbesondere im Rahmen des „Runden Tisches Deister“, und setzen uns für eine ausgewogene Lösung ein, die Naturschutz, Erholung und sportliche Nutzung in Einklang bringt.



AG Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europa

Metropolregion

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Region Hannover ist eine drängende Herausforderung. Im Rahmen unserer WohnBauInitiative 2.0 und Wohnbauprämie arbeiten wir gemeinsam mit dem Sozialdezernat und verschiedenen Akteuren zusammen, um neue Ideen und Instrumente zu entwickeln, die über herkömmliche Maßnahmen hinausgehen. Ziel ist es, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, um die Schaffung von Wohnraum zu unterstützen und Menschen in verschiedenen Lebenssituationen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu bieten.

Darüber hinaus setzen wir uns für Maßnahmen der Innenentwicklung ein und fördern das Netzwerk Ernährungsrat Hannover und Region e.V. zur Stärkung einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft in unserer Region. Zudem konnten die vorgesehenen Kürzungen beim Regionalen Kofinanzierungsfonds (REKO) deutlich reduziert und der Zugang für Projekte aus LEADER-Regionen erleichtert werden, um die regionale Entwicklung weiterhin gezielt zu unterstützen.

Europa

Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bleibt ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Die Region Hannover engagiert sich weiterhin in der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“. Mit Ernesto Nebot Pomar als „EU-Botschafter“ wird das Thema Europa stärker in die Öffentlichkeit getragen.

Als Fördermitglied des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bekennt sich die Region Hannover zu den Zielen der Jenaer Erklärung „Europa gemeinsam stark machen!“. Den entsprechenden Antrag der Verwaltung haben wir unterstützt und damit die europäische Ausrichtung der Region bekräftigt.

AG Schulen, Kultur und Sport

Ausschussmitglieder: Thilo Scholz (Sprecher), Parisa Hussein-Nejad (Ausschussvorsitzende), Johannes Seifert, Matthias Paul und Walter Zychlinski (stellv. Sprecher)

Stellv. Ausschussmitglieder: Knud Hendricks, Anja Sander, Claudia Schüßler, Frank Straßburger und Jonas Farwig

Sachkundiger Einwohner mit beratender Stimme: Wolfgang Dorn

Gast: Maurice Semella (AfB)



Schule

Das Ziel bleibt eine gute Bildung: sie ist wichtig für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, damit sie sich entfalten und entwickeln können. Es darf kein Kind zurückgelassen werden.

- Bildung und Schulbau sind überhaupt sehr große und umfassende Themen bei uns: fast 1 Mrd. fließt in den nächsten Jahren in den Umbau und Neubau von Schulen in Trägerschaft der RH; dafür wurde eine Schulbaugesellschaft auf den Weg gebracht und eine Priorisierungsliste ist gefordert
- Es gibt nun ein eigenes Dezernat 6 „Bildung, Kultur und Baumanagement“ unter der Leitung von Frau Isabella Gifhorn. Wir versprechen uns von der Tatsache, dass Schulbau / Bildung nun ein eigenes Dezernat haben und die Bedeutung in der Region Hannover gestiegen ist, positive Langzeiteffekte.
- Das Bildungsbüro ist eingerichtet und kann hoffentlich bald seine Arbeit umfassend aufnehmen.
- Das Berufsschulkonzept zeigt erste Erfolge – gezielte schulische Ausbildung und Unterstützung der jungen Menschen bei ihren individuellen Bedürfnissen und Bedarfen sind wesentliche Elemente um Fachkräfte für die Zukunft auszubilden. Wir sind daher im regen Austausch mit den Berufsschulen, vor Ort und durch halbjährliche digitale Austauschrunden, um u.a. über Anpassungen des Konzeptes zu sprechen
- Es wurden viele gute Projekte auf den Weg gebracht: z.B. das Kompetenzzentrum Grüner Wasserstoff an der BBS Burgdorf.
- Die Schullandheime der Region Hannover sind ausgelastet, eine zwischenzeitliche Sorge um das Heideheim aufgrund von Brandschutzauflagen konnte geklärt werden, sodass der Betrieb weiter geht.
- Im Bereich Inklusion hat sich gezeigt, dass es zunehmend mehr Kinder mit Bedarfen gibt, besonders im Bereich Autismus können wir großen Zuwachs feststellen. Das stellt alle Schulformen vor Herausforderungen – hinsichtlich der Konzepte und Räumlichkeiten. Die Förderschulen in der Region kommen zunehmend mehr an ihre räumlichen und pädagogischen Grenzen. Hier soll durch die geforderte Priorisierungsliste und die Schulbaugesellschaft aktiv und schnell agiert werden.
- Das RZI konnte seine Arbeit aufnehmen und arbeitet erfolgreich, als Schnittstelle zwischen den Schulformen / Eltern / Schüler:innen und Lehrkräften
- Wir arbeiten gemeinsam mit Experten darin, die Inklusion von jungen Menschen an Berufsschulen zu verbessern und sie fitter für die Arbeitswelt zu machen.

AG Schulen, Kultur und Sport

Kultur

Ein buntes und qualitatives kulturelles Angebot erhöht die Attraktivität der Region Hannover und bietet den Rahmen für einen spannenden gesellschaftlichen Diskurs. Dabei wollen wir möglichst alle Menschen in das kulturelle Leben einbeziehen und das soziale und kulturelle Potential aller Menschen entwickeln und anerkennen.

Auch wenn im Kulturbereich teilweise noch Folgen der Corona-Pandemie zu spüren sind (einige Vereine haben ihre Strukturen angepasst), ist jedoch die Kulturlandschaft in der Region Hannover wieder stabil.

- Die Chorförderung für weitere drei Jahre wird umgesetzt
- Die Kulturförderung in der Region Hannover über dreijährige Institutionelle Förderung / regionalisierte Projektförderung, theaterpädagogische Kooperationspartner und Spielplanförderung kultureller Einrichtungen, Förderung der kulturellen Bildung wird weiter umgesetzt
- Die Gedenkstätte Ahlem als besonderen Ort der Erinnerung unterstützen wir weiterhin. Mit regelmäßigen Besuchen informieren wir uns über aktuelle Entwicklungen, z.B. pädagogische Konzepte und Mehrsprachigkeit. Dabei arbeiten wir mit der AG Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität zusammen, denn viele Themen und Aufgaben sind Querschnittsthemen für beide AGen
- Die Region Hannover fördert das Projekt „Demokratie-Region Hannover“, Gedenkstätte Ahlem
- Alle zwei Jahre gibt es das „Regionskinoprogramm – Sehpferdchen“, welches sehr beliebt ist und gut bei den Bürger:innen ankommt
- Wir begleiten und unterstützen das Theater für Niedersachsen.
- Das Haus der Religionen: wird als Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung unterstützt
- Der CSD wird weiterhin gefördert.
- Das Archiv Hannover sucht weiterhin Personal (gern ehrenamtlich) zur Unterstützung bei der Digitalisierung.

Sport

Ein vielfältiges und breites Sportangebot trägt zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft bei und erhöht die Lebensqualität der Menschen. Sport ist gesund und sozial und daher für uns besonders wichtig.

Mit den beiden Sportbünde in der Region sind wir im regen Austausch, der Regionssportbund wird von der RH gefördert.

Der Regionssportbund ist im engen Austausch mit der Region Hannover und den 21 Kommunen, um als aktiver Kooperationspartner beim Thema Ganzttag mitzuwirken und so die Angebotsvielfalt für Schüler:innen zu erweitern.

- Wir unterstützen weiterhin das Hannoversche Sportbündnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt „Farbenspiel“
- Wir unterstützen die Richtlinie über die finanzielle Förderung energetischer Sportstättenanierung in der Region Hannover e.coSport und haben diese konkretisiert
- Die Initiative zum Schwimmen wurde erfolgreich umgesetzt und wird durch die RH weiter fortgeführt, wir unterstützen diese Maßnahme; die Schwimmoffensive läuft also sehr gut und steigert die Schulfähigkeit der Kinder
- Wir sind im regen Austausch mit den Sportbünden SSB und RSB.
- Die Kooperation der Sportbünde unter dem Label „SportRegion Hannover“ begleiten wir positiv und haben die gemeinsame Arbeit auch finanziell unterstützt.
- An den Veranstaltungen der Sportbünde beteiligen wir uns aktiv
- Mit dem RSB sind wir im Austausch über das Projekt zur Erstellung eines Schutzkonzeptes bzgl. Prävention und Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport,
- Die Einrichtung von FSJ-Projekten in den Sportvereinen und die
- Bewegungs-Pass-Aktion der SportRegion Hannover unterstützen wir.

Als aktuelles Sonderthema der Fraktion wird in einer AGen-übergreifenden Arbeitsgruppe intensiv am Thema „Gesunde und regionale Mittagessenversorgung an Schulen – Aufbau einer Regionalküche“ gearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat sich dazu viele Best Practice-Beispiele angesehen und ist mit den Akteur:innen in engem Austausch. Mit einer Veranstaltung und einem Antrag wird das Projekt dann in die Umsetzungsphase gehen.



AG Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe

Ausschussmitglieder: Angelo Alter (Sprecher), Anja Sander (stellv. Sprecherin), Leyla Hatami, Christina Schlicker und Claudia Schüßler (stellv. Ausschussvorsitzende)

Stellv. Ausschussmitglieder: Cornelia Busch, Jonas Farwig, Helga Laube-Hoffmann, Thilo Scholz und Johannes Seifert

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Claus Arne Mohr und Dirk von der Osten



Unsere Arbeitsgemeinschaft „Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe“ setzt sich für die Belange und die Förderung sozialer Einrichtungen in der Region Hannover ein und stellt die Interessen von sozial benachteiligten Menschen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Ebenfalls gehören Themen aus dem Bereich der sozialen Wohnungsbauförderung dazu. Zu Beginn der aktuellen Wahlperiode wurde der Bereich Teilhabe ergänzt, um der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen noch besser gerecht zu werden. Zum 01. Oktober 2023 wurde der Bereich Gesundheit ausgegliedert und ein eigenständiger Gesundheitsausschuss gebildet.

Soziales

Der Fachbereich Soziales kümmert sich mit ca. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um die soziale Sicherung und Infrastruktur in der Region Hannover. Die Region hat ein breit ausdifferenziertes soziales Hilfs- und Beratungsnetzwerk, welches wir bedarfsgerecht ausbauen und stärken.

- Die Auswirkungen der Corona Pandemie waren für Kinder und Jugendliche besonders belastend. Daher haben wir uns für die Prüfung und Umsetzung einer zweiten Beratungsstelle für Minderjährige in der Region stark gemacht, um die Situation von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dafür wird seit 2024 ein dreijähriges Projekt zur Verbesserung der Situation durchgeführt.
- Wir haben uns für eine neue Kommunikationskampagne der Region eingesetzt, um die Grundsicherung im Alter bekannter zu machen. In der Region Hannover steigt der Anteil der älteren Menschen, die berechnete Mindestsicherungsleistungen in Anspruch nehmen. Mit der mehrsprachigen Kampagne wird über mögliche Hilfen und Leistungsansprüche aufgeklärt.
- Haushalte, die besonders von der Energiekrise aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine betroffen waren, haben wir mit einer Beratungsoffensive unterstützt, um den individuellen Energieverbrauch zu senken. Zusätzlich werden den Haushalten, die zuvor eine Beratung erhalten haben, Mittel für den Austausch von besonders energiefressenden Haushaltsgeräten zur Verfügung gestellt.
- Außerdem haben wir soziale Einrichtungen und Träger, die Aufgaben für die Region Hannover übernehmen, bei den Energie- und Personalkostensteigerungen mit zusätzlichen Mitteln entlastet.
- Wir haben uns für die Fortsetzung und Ausweitung der Schwimmoffensive der Region Hannover stark gemacht, um noch mehr Kindern das Schwimmen Lernen zu ermöglichen. Diese Initiative unseres Regionspräsidenten hat beim Wettbewerb „Sterne des Sports“ im Bundesfinale den zweiten Platz belegt und wurde von Bundeskanzler Olaf Scholz für besonderes gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet.
- Die Fortsetzung der Hörregion bis einschließlich zum 31.12.2028 haben wir ebenfalls unterstützt. Das Projekt hat eine große Strahlkraft in der Region.

Wohnungs- und Obdachlosenhilfe

- Der Kontaktladen Mecki ist uns ein besonderes Anliegen. Daher unterstützten wir den Umbau und die Herrichtung der zukünftig zu nutzenden Räumlichkeiten des Kontaktladens Mecki. Der Kontaktladen bietet Menschen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind eine niedrighschwellige Anlauf- und Vermittlungsstelle, Straßensozialarbeit sowie eine medizinische Grundversorgung.
- Die Anzahl von wohnungslosen Familien und Frauen mit Kindern steigt stetig an. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich die Situation wohnungsloser Frauen in der Region verbessern soll, und dabei eng mit den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe zusammengearbeitet. Das Modellprojekt „Perspektiv“ für Frauen in prekären Lebenssituationen haben wir verstetigt.
- Auf unseren Antrag hin wurde ein „Runder Tisch gegen Wohnungslosigkeit“ eingerichtet, um Kommunen, Städte, Regionspolitik und Vertreter der Wohnungslosenhilfe zusammenzubringen. Dort wird über Obdachlosigkeit in der Region gesprochen und über Lösungswege und mögliche Hilfen diskutiert.
- Zudem haben wir durch unseren politischen Antrag zwei Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit in der Landeshauptstadt Hannover und Langenhagen geschaffen.
- Für Obdachlose in der Region ist die Aufbewahrung persönlicher Dokumente und Unterlagen häufig ein Problem. Daher haben wir prüfen lassen, wie die Kapazitäten von Schließfächern aussehen und wie diese vor allem bei den freien Trägern der Obdachlosenhilfe kurz- und langfristig erhöht werden können.

AG Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe

Wohnungswesen

- Wir haben weiterhin an der Optimierung des Wohnraumförderprogramms gearbeitet. Es wurden z.B. Förderungen für Maßnahmen zur Energieeffizienz und für die Ausstattung der Gebäude mit emissionsfreien oder emissionsarmen Heizungssystemen ergänzt. Dies soll dazu beitragen wichtige Klimaschutzaspekte zu erreichen. Zurzeit erarbeitet die Verwaltung neue Richtlinien zum Wohnraumförderprogramm. Diesen Prozess begleiten wir konstruktiv.
- Außerdem wurde das Wohnraumförderprogramm mit einem Baustein für förderungswürdige Projekte im Bereich Wohnungslosenhilfe ergänzt, damit dort keine Finanzierungslücken entstehen.
- Nach Ablauf der Wohnbauprämie der Region Hannover haben wir die Verwaltung beauftragt, zusammen mit allen relevanten Akteuren neue und alternative Ideen und Werkzeuge zu prüfen um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zusätzlich soll auch die bisherige Wohnbauprämie evaluiert und Vorschläge erarbeitet werden, wie diese fortgesetzt werden sollte. Hierbei soll zukünftig auch eine rechtlich verbindliche Sozialquote berücksichtigt und die Förderhöhe für den jeweiligen Wohnungstyp angepasst werden.
- Um den Ankauf von Belegrechten zu erhöhen, haben wir die Richtlinie der Region Hannover zum Erwerb von Belegungsrechten im Wohnungsbestand geändert und die jährlich im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel erhöht.

Teilhabe

- Durch einen unserer politischen Anträge wurde der Abbau bürokratischer Hürden und die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei der Verteilung von BUT-Mitteln, ermöglicht.
- Wir haben uns für die Implementierung der sog. §16i- Stellen in der Regionsverwaltung eingesetzt. Somit wurden 14 Stellen in den Stellenplan 2024 der Region Hannover dauerhaft übernommen.
- Wir setzen uns für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben ein. Dafür haben wir eine Konzeptentwicklung beauftragt, dessen Ziel es ist, mehr Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu verschaffen. Dort soll auf sämtlichen Verwaltungsebenen zusammengearbeitet werden.
- Zusammen mit der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung haben wir die Erstellung eines Konzeptes beantragt, dessen Ziel es ist, mehr Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu verschaffen.
- Wir unterstützen die Initiative der Verwaltung Sachkundelehrgänge für angehende Berufsbetreuer*innen zu finanzieren, um den steigenden Bedarf an Berufsbetreuer*innen zu decken und haben die Mittel dafür auf eigenen Antrag aufgestockt.



AG Umwelt und Klimaschutz

Ausschussmitglieder: Werner Backeberg (Sprecher), Dr. Robert Schmitz (stellv. Sprecher), Helga Laube, Hoffmann, Thilo Scholz und Walter Zychlinski

Stellv. Ausschussmitglieder: Brian Baatzsch, Cornelia Busch, Silke Gardlo, Frauke Meyer-Grosu und Karsten Vogel

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Lars Nieder und Dr. Matthias Emmrich



Im Bestreben, das Klimaziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen, haben wir uns auf zahlreiche Maßnahmen konzentriert, um die Umwelt und das Klima in der Region Hannover nachhaltig zu schützen und anzupassen.

Klimaschutzmaßnahmen

- **Klimaanpassungskonzept aktualisiert:** Wir haben das Klimaanpassungskonzept der Region Hannover von 2018 überarbeitet und die neuen Schlüsselmaßnahmen 15-18 hinzugefügt. Diese Maßnahmen umfassen vorbeugenden Bevölkerungsschutz, klimaangepasste Gewerbeflächen, Analyse und Vorsorge gegen Starkregen sowie Fördermittelmonitoring und -beratung.
- **Digitalisierung der Energie- und Wärmeplanung:** Durch die Nutzung von GIS (DEKODA) haben wir die Digitalisierung der Energie- und Wärmeplanung in den Kommunen vorangetrieben, um eine effizientere Nutzung von Ressourcen zu ermöglichen.
- **Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen:** Wir haben eine Förderrichtlinie eingeführt, um kommunale Maßnahmen zum Klimaschutz finanziell zu unterstützen. Jährlich stehen dafür 350.000€ zur Verfügung.
- **Förderung von Photovoltaik-Anlagen:** Zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien haben wir die Unterstützung der Regionskommunen bei der Planung von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften ausgebaut und 100.000€ jährlich dafür bereitgestellt.
- **Anpassung der Förderrichtlinie für Begrünung von Fassaden und Dächern:** Wir haben eine Mindestfläche von 25 m² Dachbegrünungsfläche festgelegt, um eine nachhaltige Begrünung zu fördern und die Förderung von Kleinflächen zu verhindern.
- **Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Steigerung der Resilienz:** Zur besseren Vorbereitung auf Extremwetterereignisse haben wir ein Gesamtkonzept entwickelt, das alle Kommunen bei der Bewältigung von Starkregenereignissen und Dürreperioden unterstützt.
- **Maßnahmenentwicklung für ein Pilotprojekt zur Förderung organischer Photovoltaik:** Ein Pilotprojekt zur Förderung organischer Photovoltaik wurde gestartet, um innovative Ansätze zur Nutzung erneuerbarer Energien zu erforschen. Das Projekt zielt darauf ab, die Nutzung von Solarenergie auf Gebäuden zu erweitern, die für herkömmliche PV-Anlagen ungeeignet sind.
- **Entwicklung einer Wald-, Moor- & Bodenstrategie:** Wir haben die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Erhaltung und Bewirtschaftung von Wald-, Moor- und Bodenflächen angestoßen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.
- **Wasserstrategie:** Zur Sicherstellung der Wasserversorgung haben wir die Erstellung eines Wassermengenmanagementkonzepts für die gesamte Region Hannover in Auftrag gegeben. Zudem wurde eine Allgemeinverfügung für die Bewässerung von Flächen erlassen.
- **Hochwasserpartnerschaften:** Die Initiierung von Hochwasserpartnerschaften wurde auf den Weg gebracht und die Regionsverwaltung beauftragt, die Kommunen bei Aufbau, Koordination und Fördermittelakquise zu unterstützen. Ziel ist eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz und in der Klimaanpassung.
- **Stärkung Hochwasserschutz:** Durch unseren Antrag wurden zur besseren Koordination des Hochwasserschutzes, insbesondere im Rahmen von Hochwasserpartnerschaften, zusätzliche personelle Ressourcen geschaffen und eine dauerhafte Vollzeitstelle eingerichtet.
- **Begrünungsförderung:** Die geplante Streichung der Förderung für Dach- und Fassadenbegrünung wurde durch unseren Antrag abgewendet. Zur Sicherung der Finanzierung wurden zusätzliche Einnahmen aus Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen herangezogen.
- **Investitionsprogramm Klima:** Das ambitionierte Klimaplan-Szenario zur Erreichung der Klimaneutralität 2035 wurde weiter vorangetrieben und die Verwaltung mit der Erarbeitung eines umfassenden Investitionsprogramms beauftragt. Auf Grundlage unseres Antrags wurde dieses anschließend als verbindliche Beschlussdrucksache beschlossen und bündelt zentrale Maßnahmen in den Bereichen natürlicher Klimaschutz, Klimaanpassung, soziale Flankierung sowie die klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Energie.

AG Umwelt und Klimaschutz

Sportstätten

- **Förderung der Umrüstung von Flutlichtanlagen auf LED:** Wir haben die Umrüstung von Flutlichtanlagen auf LED-Technik gefördert, um den Energieverbrauch zu reduzieren und die CO₂-Emissionen zu senken.
- **Programm e.coSport:** Die Förderrichtlinie wurde durch uns weiterentwickelt und stärker auf Klimaschutz ausgerichtet. Künftig wird insbesondere der Austausch von Heizungsanlagen gefördert, wenn erneuerbare Energien eingesetzt werden; fossile Heizsysteme sind ausgeschlossen, Hybridlösungen nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Zudem wurde die maximale Fördersumme bei vollständigem Verzicht auf Gas und Öl auf bis zu 100.000 € erhöht. Die geplante Kürzung des Programms wurde durch unseren Einsatz verhindert.
- **Konzept zur Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen für Sportstätten:** Wir haben ein Konzept zur Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen für Sportstätten entwickelt und 500.000€ im Haushaltsplan 2024 dafür bereitgestellt.

Naturschutz

- **Aktualisierung alter Schutzgebietsverordnungen:** Wir haben die Aktualisierung alter Schutzgebietsverordnungen, die noch nach dem Reichsnaturschutzgesetz erlassen worden, beauftragt, um den Schutz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sicherzustellen und an moderne Standards anzupassen.
- **Vertragsnaturschutz:** Wir setzen uns weiterhin für den Vertragsnaturschutz ein, um die biologische Vielfalt in Zusammenarbeit mit Land- und Forstwirtschaft zu erhalten und zu fördern.
- **Schutzprogramm für narbenechtes Grünland:** Zur Erhaltung des narbenechten Grünlands haben wir ein Schutzprogramm aufgesetzt, das die langfristige Bewirtschaftung und Pflege dieser Flächen sicherstellt.
- **Stärkung der Grundsätze des Landschaftsschutzes:** Wir haben die Grundsätze des Landschaftsschutzes geschärft und festgelegt, dass Landschaftsschutzgebiete keine Reserveflächen für Bauland oder Gewerbe sind.
- **Beitritt zum Insektenbündnis Hannover:** Um den Schutz der Insektenvielfalt zu fördern, sind wir dem Insektenbündnis Hannover beigetreten und beteiligen uns mit jährlich 50.000€ an Maßnahmen und Aktionen.
- **Grunderwerb für Naturschutzzwecke:** Wir haben Maßnahmen zum Grunderwerb für Naturschutzzwecke eingeleitet, um ökologisch wertvolle Flächen zu schützen und zu erhalten. Durch den Erwerb von Wald-, Moor- und Grünlandflächen arbeiten wir mit Fachbehörden und Umweltorganisationen zusammen, um potenziell gefährdete Gebiete zu identifizieren und langfristig zu sichern. Ökologischen Schutzstationen im Mittleren Leinetal und am Steinhuder Meer mit Haushaltsmitteln unterstützt
- **Maßnahmen zur Pflanzung von mehr Bäumen:** Wir haben konkrete Maßnahmen zur Pflanzung von mehr Bäumen in der Region initiiert, um die biologische Vielfalt zu fördern und die Umweltqualität zu verbessern. Durch die Entwicklung einer Förderrichtlinie für Waldbesitzer*innen und die Umsetzung eines „2000 Bäume Programm“ streben wir an, die Anpflanzung von Bäumen im öffentlichen Raum gezielt zu unterstützen und zu steigern.
- **Unterstützung von ökologischen Schutzstationen:** Durch politische Anträge haben wir die Ökologischen Schutzstationen im Mittleren Leinetal und am Steinhuder Meer unterstützt.
- **Initiative Naturpark Deister:** Wir haben die Prüfung zur Ausweisung eines Naturparks Deister initiiert und die Regionalverwaltung beauftragt, mögliche Gebietszuschnitte sowie interkommunale und landkreisübergreifende Kooperationen zu entwickeln. Ziel ist es, Naturschutz, nachhaltige Regionalentwicklung und umweltverträglichen Tourismus in der Region zu stärken.
- **Igelschutz und naturnahe Gartengestaltung:** Durch unseren Antrag wurde eine Öffentlichkeitskampagne zum Schutz nachtaktiver Wildtiere gestartet, insbesondere zur Reduzierung des nächtlichen Einsatzes von Mährobotern. Zudem wird die Zusammenarbeit mit dem Insektenbündnis und weiteren Akteuren ausgebaut.

Umweltbildung

- **Aufbau eines „Kompetenzzentrums grüner Wasserstoff“** an der Berufsbildenden Schulen Burgdorf
- **Umweltbildungsprojekte** wie das Hühnermobil oder den „Lernort Bauernhof“ gestärkt und ausgebaut, Machbarkeitsstudie für das Naturfreundehaus Grafhörn gefördert, Schulbiologiezentrum zusätzliche Mittel bereitgestellt.



Ausschussmitglieder: Jonas Farwig (stellv. Sprecher bis 08.2025, Sprecher seit 08.2025), Frank Straßburger (Sprecher bis 08.2025, stellv. Sprecher seit 08.2025), Wolfgang Toboldt (stellv. Ausschussvorsitzender), Ernesto Nebot Pomar und Petra Rudsuck

Stellv. Ausschussmitglieder: Brian Baatzsch, Knud Hendricks, Regina Hogrefe, Matthias Paul und Walter Zychlinski

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Detlev Herzig und Stefan Müller



Verkehrswende weiter vorantreiben

Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2035+ haben wir eine Zukunftsvision und konkrete Maßnahmen mitbeschlossen, die dabei helfen sollen, das Vorhaben der Region Hannover zu realisieren, bis 2035 klimaneutral zu werden. Aber auch Maßnahmen für die weitere Zukunft, über 2035 hinaus, wurden festgelegt.

Wir bauen das Schienennetz weiter aus. Die Stadtbahn ist ein Erfolgsmodell und gerät gerade deshalb zunehmend an die Grenze ihrer Kapazität. Deshalb wollen wir das Schienennetz mit sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen weiter ausbauen. Auf den Weg gebracht haben wir hier:

- Die Eröffnung der neuen Stadtbahnlinie 13 nach Hemmingen
- Beschluss der Verlängerung der ÜSTRA-Linie 2 nach Gleidingen
- Beschluss der Verlängerung der ÜSTRA-Linie 4 bis Garbsen Mitte/Rathaus.

Der Rufbus sprinti ist als Modellprojekt 2021 gut gestartet. Wir haben daran mitgewirkt, den sprinti auf alle Umlandkommunen auszuweiten. Seit Dezember 2023 ist er in allen Kommunen des GVH-Tarifbereichs C verfügbar und erfreut sich großer Beliebtheit. Im Dezember 2023 wurde er sogar mit dem Deutschen Mobilitätspreis ausgezeichnet! Im Mai 2025 haben wir den öffentlichen Dienstleistungsauftrag des sprinti bis 2035 beschlossen und damit den Betrieb des sprinti in der Region Hannover langfristig gesichert. Im November 2025 haben wir die Flottenerweiterung um zehn Fahrzeuge und den Austausch von zehn konventionellen Fahrzeugen durch zehn Elektrofahrzeuge mitbeschlossen.

Auch sind uns alternative Antriebsarten bei Bussen wichtig, deshalb tragen wir die Elektrobusoffensive der ÜSTRA mit. Drei Buslinien sind bereits elektrifiziert, drei weitere sollen mittelfristig folgen.

Des Weiteren haben wir uns mit autonomem Fahren beschäftigt, was in der Zukunft eine immer höhere Bedeutung im ÖPNV bekommen wird. Daher haben wir den Einsatz eines vollautomatisierten Busses im Stadtbusverkehr in Burgdorf mitbeschlossen. Nach erfolgreicher Umsetzung sollen drei Fahrzeuge beschafft und auf geeigneten Linien eingesetzt werden.

Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Wir wollen das Alltags- und Radverkehrsnetz weiterentwickeln. Hierzu gehört die Sanierung maroder Radwege, das Schließen von Lücken im Netz und die Verknüpfung des Radverkehrs mit Bus und Bahn. Hier haben wir bspw. den radverkehrstauglichen Ausbau der Betriebswege entlang des Mittellandkanals und am Stichkanal Linden sowie die Planung der Anschlüsse dieser Betriebswege an die kommunalen Radverkehrsnetze in Garbsen, Seelze und Wunstorf mitbeschlossen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Fahrradparkhäuser in der gesamten Region verteilt gebaut werden. Im November 2023 wurde das automatische Fahrradparkhaus in Wunstorf am Bahnhof eingeweiht.

Das in der Landeshauptstadt erfolgreiche sprintRAD-System wurde dank eines Antrags von uns probeweise auf eine Kommune der Tarifzone B ausgeweitet: Seit dem 1. November 2024 kann in Ronnenberg für die Dauer von 24 Monaten das sprintRAD genutzt werden. Stammkund*innen des GVH haben, wie in der Landeshauptstadt auch, 30 Freiminuten. Damit ermöglichen wir auch den Menschen in Ronnenberg unkomplizierte, flexible, umweltfreundliche Mobilität.

Digitalisierung des ÖPNV

Damit die Region Hannover die Digitalisierung des ÖPNV mit der notwendigen Men- und Womenpower angehen kann, haben wir die Anschubfinanzierung von 16 Digitalisierungsprojekten im ÖPNV mitbeschlossen. Diese finanziellen Mittel dienen dazu, Personalstellen bei der ÜSTRA und der regiobus für die Digitalisierungsprojekte zu schaffen.

Unseren Wunsch nach flächendeckend kostenlosem WLAN im ÖPNV haben wir bekräftigt, indem wir die Optimierungen im Zeitplan und bei den Kosten mitgetragen haben. Seit Juli 2024 kann in allen ÜSTRA-Bahnen kostenlos WLAN genutzt werden.

AG Verkehr

Um die Fortbewegung im ÖPNV noch einfacher zu machen, haben wir die Einführung des Check-in/Be-out-Systems mitgetragen. Über die App „ÜSTRA easy“ kann seit dem 17. März 2026 der eTarif genutzt werden. Dadurch müssen sich die Fahrgäste keine Gedanken mehr um unterschiedliche Tarifzonen machen, sondern können einfach ein- und aussteigen. Dies wird in der App dokumentiert und die Fahrt kann auch direkt in der App bezahlt werden. Die Preise sind pro Fahrt, Tag und Monat gedeckelt, sodass der eTarif teilweise erhebliche Preisvorteile gegenüber den gängigen Abo-Modellen bietet.

Das Deutschlandticket in der Region Hannover

Im Mai 2023 wurde bundesweit das Deutschlandticket eingeführt. Die Region Hannover bietet hier vergünstigte Sondervarianten an, die wir mitbeschlossen haben: Das Deutschlandticket Hannover Job, Deutschlandticket Hannover sozial, Deutschlandticket Hannover Ehrenamt, Deutschlandticket Hannover Jugend und das Deutschland Semesterticket. Damit ermöglichen wir vielen Menschen, sich günstiger mit dem Deutschlandticket bundesweit fortzubewegen.

Ortstermine und Bereisungen

- Gemeinsamer Austausch mit der AG Verkehr der SPD-Fraktion in der Landeshauptstadt
- Ausschussbereisung nach Utrecht/Niederlande, v. a. dem Thema Radverkehr gewidmet
- Ortstermin in Engelbostel zur Anbindung des Ortsteils an den ÖPNV
- Fahrradtour entlang des Mittellandkanals und ein anschließender Ortstermin in Sehnde zum radverkehrstauglichen Ausbau der Betriebswege entlang des Mittellandkanals
- Begehung des Hauptbahnhofs Hannover gemeinsam mit Mitarbeitenden der Deutschen Bahn (InfraGO) zu den Sanierungsplänen für den Hauptbahnhof
- Austausch mit dem ADFC Region Hannover zum Thema Radverkehr
- Gemeinsamer Termin mit der S-Bahn Hannover/Transdev zum Thema S-Bahn-Verkehr
- Begehung in Hannover-Linden zum Thema Hochbahnsteigbau
- Ortstermin in Hannover-Mittelfeld am ÜSTRA-Busbetriebshof
- Ortstermin in der Zentrale der DB InfraGO Region Nord zur Generalsanierung und Qualitätsoffensive mit Einblicken in die Leitstelle
- Austausche mit Vertreter*innen der Jugendparlamente und -beiräte in der Region Hannover
- Ortstermin in der BBS Burgdorf im Eisenbahn-Ausbildungszentrum



AG Wirtschaft und Beschäftigung

Ausschussmitglieder: Regina Hogrefe (Sprecherin bis 05.2024), Knud Hendricks (stellv. Sprecher), Karsten Vogel (stellv. Ausschussvorsitzender), Cornelia Busch, Dr. Robert Schmitz (Sprecher seit 05.2024)

Stellv. Ausschussmitglieder: Werner Backeberg, Leyla Hatami, Ernesto Nebot Pomar, Petra Rudszuck, Frank Straßburger

Sachkundige Einwohner mit beratender Stimme: Michael Riedel und Andreas Strauch



In der bisherigen Wahlperiode haben wir unseren Schwerpunkt auf die Beschäftigungsförderung und die Berufsorientierung gelegt. Mit diversen Projekten sind wir unsere Fachkräfteinitiative für soziale Berufe, das Handwerk und den MINT-Bereich angegangen. Die Einrichtung des Welcome Centers, das ausländische Fachkräfte und Unternehmen, die sie beschäftigen (möchten), umfangreich unterstützt, begrüßen wir sehr. Auch haben wir weiterhin Gründungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und Start-Ups gefördert.

Fachkräfteinitiative für soziale Berufe, das Handwerk und MINT

Die Region Hannover ist eine hervorragende Ausbildungsregion. Diesen Standortvorteil nutzen wir gezielt und haben bereits mit diversen Projektförderungen die Aktivitäten der Fachkräfteallianz ausgebaut und Frauen in Führungspositionen noch stärker gefördert. Zum Beispiel:

- Mit dem Projekt „Back2Job III – Neustart MINT 2025“. Dieses Projekt aktiviert Frauen mit Hochschulabschluss in technischen Berufen, die sich in der Arbeitslosigkeit oder der „Stillen Reserve“ – bspw. nach einer Familienphase – für einen qualifikationsadäquaten beruflichen Wiedereinstieg befinden.
- Mit dem Projekt „EcoFuLok – Entwicklung von Kompetenzmodulen für die Lernortkooperation“. Hier werden Auszubildenden erfolgskritische Kompetenzen in Zeiten des technologischen Wandels und Lehrer*innenmangels arbeitsplatznah, selbstgesteuert und flexibel vermittelt.

Auch haben wir an einer Verstärkung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit mitgewirkt und beispielsweise beschlossen,

- das Programm ungekürzt fortzusetzen,
- dabei einen stärkeren Fokus auf das bundesweit einmalige Ausbildungslots*innensystem zu legen, und
- das Projekt „PACE Job- und Ausbildungsbüro“ der Pro Beruf GmbH zu fördern.

Gründungsförderung für KMU und Start-Ups sowie Unterstützung bestehender Unternehmen

Für die Erneuerung der regionalen Wirtschaftsstruktur und für Innovationen sind Start-Ups von zentraler Bedeutung. Damit die hannoverimpuls GmbH als ein Instrument der Wirtschaftsförderung in unserer Region effizient arbeiten kann, haben wir uns für eine klare Regelung und Abgrenzung der Zuständigkeiten der Region und der Landeshauptstadt ausgesprochen.

Wir sind eine soziale Region. Deshalb wollen wir, dass sich die Gründungsförderung etwa bei Ausschreibungs-, Beratungs- und Förderprozessen an sozialen, gendergerechten und ökologischen Kriterien orientiert. Das erreichen wir durch die Förderung der Richtlinie „Fonds für sozial-ökologische Innovation in der Region Hannover“.

Auch haben wir uns mit der Förderung des Projekts „Sprungbrett Ausbildung in Teilzeit (SpATZ)“ an der Förderung der Teilzeitausbildung für Alleinerziehende beteiligt.

Wir möchten, dass es Frauen auch in Zukunft möglich sein soll, sich beruflich zu verändern. Deshalb haben wir uns an der Weiterfinanzierung und dem Ausbau der Koordinierungsstelle Frau und Beruf beteiligt, die Frauen mit Kindern beim beruflichen Wiedereinstieg oder der Neuorientierung unterstützt.

Ausbau des Technologieclusters Garbsen/Marienwerder und regionaler Innovation

Um die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten v. a. in den Bereichen Produktionstechnik und Energie am Standort Garbsen/Marienwerder zu einem internationalen Leuchtturm für die Region weiterzuentwickeln, haben wir die Grundstücksvergabe für einen Technologiepark am Campus Maschinenbau in Garbsen mitbeschlossen.

AG Wirtschaft und Beschäftigung

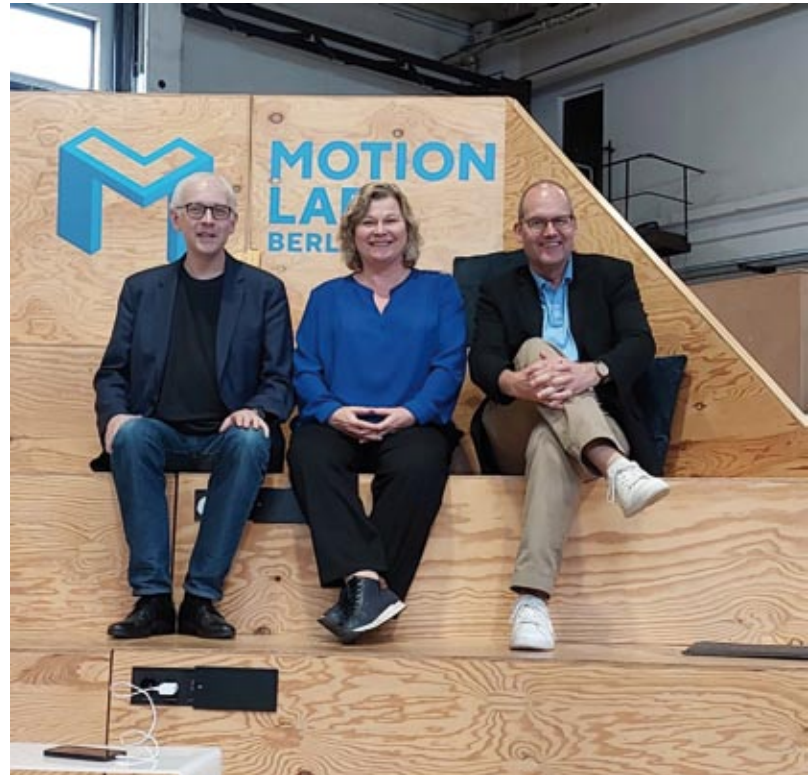
Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen werden immer wichtiger, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Daher haben wir der Gründung der Technologiepark Region Hannover GmbH zugestimmt, die den langfristigen, nachhaltigen Aufbau eines regionalen Innovationssystems zur Aufgabe hat. Am Maschinenbau-Campus Garbsen soll Co-Working und Mentoring von studentischen Talenten mit Start-Ups ermöglicht und Kooperation zwischen Wissenschaft und Industriepartnern ermöglicht werden. In der Nordstadt Hannovers sollen Kooperationen in den Bereichen IT, Cyber Security und Biotechnologie ermöglicht werden, zugleich soll auf dem Gelände der techfactory Nordstadt Wohnraum für Studierende geschaffen werden.

Die zahlreichen Aktivitäten im Bereich Robotik setzen wir fort mit diversen Projektförderungen, die die wirtschaftliche Aktivität sowie den Ausbildungs- und Technologietransfer betreffen, wie etwa

- mit dem „Modellprojekt TROIA – Taktile Robotik im Arbeitsumfeld“,
- mit dem „Project Rita: Smart Future und Künstliche Intelligenz“,
- mit der Roboterfabrik 2026-2028 und
- mit dem Roberta Regiozentrum 2026-2030.

Bereisungen und Ortstermine

- Experimentallabor für additive Fertigung von Kunststoffen
- Technologiepark am Campus Maschinenbau Garbsen
- Besuch der Initiative „Unter einem Dach“ im Rahmen des Projekts „Integrativer Modestandort“ – Einblicke in die integrative Nähwerkstatt, in der v. a. geflüchtete Näherinnen beschäftigt werden.
- Besuche bei der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und der Agentur für Arbeit
- Besuch bei der AWO im Fachbereich Qualifizierung-Bildung-Teilhabe



Mehr erfahren...

Alles Wissenswerte zur Arbeit der SPD-Regionsfraktion Hannover findet sich auf unserer Homepage:
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Unser regelmäßig nach den Regionsversammlungen erscheinende Newsletter findet sich auf:
www.spd-regionsfraktion-hannover.de/materialien/

Per E-Mail sind wir zu erreichen über:
spd@regionsversammlung.de



Homepage
spd-regionsfraktion-hannover.de



Facebook
facebook.com/SPD.Regionsfraktion.Hannover/



Instagram
instagram.com/spd.regionsfraktion/

Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionsfraktion Hannover
Vi.S.d.P. Regina Hogrefe | Fraktionsvorsitzende
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
Telefon: (0511) 616-221 92
E-Mail: spd@regionsversammlung.de
Stand: Mai 2026
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare
Bildnachweise:
Titel: SPD-Regionsfraktion Hannover
Seite 2: 1. Gruppenfoto Jan de Fries | 2. Gruppenfoto Philipp Schröder
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

